

## "Seid fair zu Lady de Gaulle!" in Die Zeit (30. September 1988)

**Quelle:** Die Zeit. 30.09.1988, n° 40. Hamburg. "Seid fair zu Lady de Gaulle!", auteur:Grunenberg, Nina , p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Nina Grunenberg / Die Zeit

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/seid\\_fair\\_zu\\_lady\\_de\\_gaulle\\_in\\_die\\_zeit\\_30\\_september\\_1988-de-7c9d3696-8688-46d5-8dff-e7858bfa0f09.html](http://www.cvce.eu/obj/seid_fair_zu_lady_de_gaulle_in_die_zeit_30_september_1988-de-7c9d3696-8688-46d5-8dff-e7858bfa0f09.html)

**Publication date:** 13/09/2013

## Seid fair zu Lady de Gaulle!

### Über Margaret Thatchers Vorstellung von Europa läßt sich reden

Von Nina Grunenberg

Bröckelt Europa? Als wäre Margaret Thatcher der Trompeter von Jericho, genügten in der vergangenen Woche zwei Reden, die sie über die „Zukunft Europas“ hielt, um der Welt wieder das vertraute Bild von den uneinigen und schwachen Europäern zu vermitteln. Frustriert wie nach einer vergeblichen Brüsseler Nachtsitzung, kleinmütig in der Einschätzung der eigenen Kräfte und mißtrauisch gegen jeden einzelnen der anderen Partner blieben die restlichen Elf auf der Walstatt zurück.

Die Absage, die Britanniens Premierministerin allen „Utopien“ und „abstrakten Theorien“ über die Integration Europas in ihren Reden vor dem Europa-Kolleg in Brügge erteilte, und die Verachtung, mit der sie jeden Versuch strafte, „die nationale Souveränität abzuschaffen und die Macht im Zentrum eines europäischen Konglomerats zu konzentrieren“, klang so endgültig wie damals bei de Gaulle. Muß also alles bleiben wie eh und je? Soll auch das künftige Europa wieder nur die Summe seiner nationalen Egoisten sein?

Kaum drei Monate nach dem Euro-Höhenflug während der deutschen Ratspräsidentschaft war das kein ermutigender Ausblick. Die ersten Auseinandersetzungen um die Angleichung der nationalen Steuern und um eine Europäische Zentralbank hatten der Gemeinschaft schon vor der Thatcher-Standpauke eine Ahnung von dem schweren Hindernislauf vermittelt, der auf dem Weg zum großen „Binnenmarkt 1992“ noch vor ihr liegt. Der Stimmungsabschwung war aber auch deshalb kaum zu verhindern, weil den Zwölf gegenwärtig ein handlungsfähiger Vorsitzender fehlt. Der Grieche Andreas Papandreou, Nachfolger von Helmut Kohl auf dem EG-Präsidentenstuhl, liegt herzkrank in einem Londoner Hospital. Deutlicher als manche für möglich halten wollten, illustriert seine Abwesenheit, daß Griechenland ohne seinen selbstherrlichen Premier nur ein weißer Fleck auf der Landkarte ist. Aus Athen sind Impulse für die Gemeinschaft kaum noch zu erwarten. Die gibt statt dessen Margaret Thatcher.

Seien wir fair zu „Lady de Gaulle“. Vielleicht sollte ihr die Gemeinschaft sogar dankbar sein für ihre schonungslose Offenheit. Mit einem Mut, an dem es den Engländern in ihrer Geschichte noch nie gefehlt hat, und mit der phantasielosen Zähigkeit, die Margaret Thatcher besonders auszeichnet, stößt sie die Partner auf dem Kontinent auf ein Problem, dem sie alle seit der Ratifizierung der „Einheitlichen Europäischen Akte“ ausweichen.

Je schwächer sich die Staatsmänner fühlen, desto mehr bewegt auch sie die Souveränitätsfrage. Die Übertragung von Entscheidungsmacht aus den nationalen Regierungen und Parlamenten auf Brüssel ist in der Handelspolitik, bei den Zollbestimmungen, in der Landwirtschaft und im Wettbewerbsrecht längst in vollem Gange. Die anvisierte Harmonisierung der Steuern, Finanzen und der Währungspolitik wird die Nationen ebenfalls noch viel Handlungsspielraum kosten. In der Hoffnung, der europäische Binnenmarkt könne am 1.1.1993 einen Wachstumsschub auslösen und eine Dynamik freisetzen, die alle Widerstände überrollt, haben die Zwölf die Entwicklung zur politischen Integration Europas mehr in Kauf genommen als wirklich aktiv vorangetrieben. Um so mehr mußte kürzlich Jacques Delors' eher beiläufige Bemerkung beunruhigen, in zehn Jahren würden „80 Prozent der Wirtschaftsgesetzgebung, vielleicht auch der Steuer- und Sozialgesetzgebung“ von Brüssel ausgehen und nicht mehr Aufgabe der Parlamente der Zwölf sein.

### Auf dem Weg zum Binnenmarkt

Die überraschte Öffentlichkeit fragte sich allenthalben: Wollen wir das eigentlich?

Die politischen Konsequenzen der nächsten Stufe europäischer Integration habe niemand richtig durchdacht — dies ist der Hauptvorwurf Margaret Thatchers. Daß sie selber die Reform der Römischen Verträge, die diese Entwicklung freisetzen, mit unterschrieben hat, macht ihren Einwand noch nicht unerheblich. An der Machtfrage, die sie jetzt stellt, werden sich die europäischen Geister scheiden. Es sieht jedenfalls nicht so

aus, als ob die EG-Mitgliedstaaten sich von den Verheißungen des Binnenmarktes schon so hätten überwältigen lassen, daß sie bereit wären, ihren Nationalstolz für ein europäisches Linsengericht zu verkaufen.

„Wir wünschen uns ein stärker geeintes Europa mit einem stärker ausgeprägten Empfinden für die gemeinsame Zielsetzung“, versicherte die britische Premierministerin in Brügge. „Doch muß dies auf eine Art und Weise zustande kommen, die die unterschiedliche Tradition, die parlamentarischen Vollmachten und den Nationalstolz eines jeden Landes bewahrt, die die Quellen der europäischen Vielfalt sind.“

„Amen“ kann hierzu auch der Deutsche Helmut Kohl sagen. Doch mehr als die Sorge, daß ganze Politikbereiche nach Brüssel abwandern und schmerzhaft Autonomieverluste zu gewärtigen sind, bewegt ihn der Zeitdruck, unter dem Europa steht, wenn es aus der Liga der Weltwirtschaftsmächte nicht absteigen will. Das war im Februar, auf dem dramatischen Gipfel in Brüssel, für ihn der entscheidende Grund, den lange abhanden gekommenen Haushaltsfrieden in der Gemeinschaft wieder herbeizuzwingen und die deutschen Steuerzahler dafür mit rund acht Milliarden Mark, gestreckt auf fünf Jahre, zur Kasse zu bitten. Die Rendite, die Kohl vom Binnenmarkt erwartet, war ihm das wert.

So gesehen, handelte der Kanzler wie ein vorausschauender Kaufmann, der in die Zukunft investiert, um dereinst um so besser verdienen zu können. Doch machen seine europäischen Überzeugungen auch deutlich, wie sehr das politische Gewicht der EG hinter ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zurückgeblieben ist. Ihr Demokratiedefizit wird langsam auffällig.

Die energischsten Befürworter der Integration Europas, die einmal von Politikern und Idealisten wie Robert Schuman und Jean Monnet begonnen wurde, sind heute unter den Wirtschaftlern zu finden. Nicht in der Öffentlichkeit, sondern in den Zentralen der Euro-Multis zündete die Idee vom Binnenmarkt zuerst. Der Druck des Handels, der sich von Europas engen Grenzen behindert fühlte, und die technologische Entwicklung, die zu kostspielig geworden ist, als daß sie sich noch national betreiben ließe, bestimmten das Tempo des Integrationsprozesses. So konnte der Eindruck entstehen, daß der gemeinsame Markt für die Produzenten mehr Chancen bereithält als für die Konsumenten.

### **Bröckelt Europa?**

Die Entwicklung ging nicht nur über die Köpfe der Bürger hinweg, der Politik insgesamt wurde dabei eine Nebenrolle zugewiesen. Die demokratische Kontrolle hielt mit der Entwicklung nicht mehr Schritt. Auch das Europäische Parlament konnte das Defizit nicht ausgleichen. Die demokratischen Kleider, die ihm geschneidert wurden, bedecken gerade seine Schwächen. Zu Recht verglich Jochen Vogel es mit den eher „konsultativen Körperschaften des Vormärz im letzten Jahrhundert“. Das gesetzgebende Organ der Europäischen Gemeinschaft ist vielmehr der Rat. Seine Mitglieder, die Minister der zwölf Mitgliedstaaten, tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit: Das ist genauso, als beriete der Bundestag seine Gesetze hinter verschlossenen Türen.

Europa fehlt die demokratische Legitimation: Daß Margaret Thatcher diesen Mangel deutlich machte, werden ihr auch jene danken, die ihre europäische Gesinnung generell in Zweifel ziehen. Für de Gaulle waren die Engländer immer das trojanische Pferd der Amerikaner in der Gemeinschaft der Europäer. Heute gebärdet sich die Britin als Nachfolgerin in seinem Geiste — nur noch ein bißchen heiliger als der General.

Bröckelt Europa? Im Gegenteil: Jacques Delors, der Präsident der Europäischen Kommission, den seine Bewunderer für den besten EG-Präsidenten seit Walter Hallstein halten und seine Feinde für machthungrig und vermessen, kann mit dem Verlauf der Debatte, die er angestoßen hat, im großen und ganzen zufrieden sein. Mit seiner Aufforderung an die Zwölf, sich langsam über den Kern einer europäischen Regierung Gedanken zu machen, brachte er die Lady in Rage. Hat die Provokation ihren Zweck erreicht? Jedenfalls zwingt sie zur Klärung.

Die Kampagne für das „Europa ohne Grenzen“, die Delors anzettelte, hat die Zauberzahl 1992 in Frankreich, Spanien, Italien, aber auch in England schon fast zu einer Obsession werden lassen. Inzwischen

fängt sie an, auch die Deutschen zu bewegen. Weil wir uns als stärkste ökonomische Macht der Europäischen Gemeinschaft sicher und für alles gerüstet glaubten, hielten wir die Aufregung der europäischen Nachbarn lange Zeit für unverständlich. Erst jetzt begreifen wir, daß der Wind der Konkurrenz auch in unsere sichere Burg blasen wird, wenn einmal Europas Grenzen fallen. Gemessen am europäischen Durchschnitt leisten sich die Deutschen so viel, daß die Harmonisierung der europäischen Lebensverhältnisse ihnen Einbußen bringen kann. Sie haben am meisten zu verlieren. Doch müssen sie erst noch definieren, wo sie auch unter Druck und Verlockung nicht nachgeben können.

Um einer fiktiven Gleichheit willen wird in Europa niemand Opfer bringen. Um aber den Fortschritt zu erzwingen, ist Europa zu alt. Es muß ihn wachsen lassen. „Schauen Sie, mein Freund“, sagte der große Europäer Jean Monnet zu einem ungeduldigen Journalisten, „wir haben es mit einem Prozeß zu tun, nicht mit einer Tarifverhandlung. Wir bauen einen Markt für ganz Europa. Wir sind am Anfang dieses Prozesses, und das Problem, über das Sie reden, wird irgendwann gelöst werden, weil es gar nicht anders möglich ist – der Prozeß ist einfach viel größer als ihr Problem.“